

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

23.01.2024

Drucksache 19/**270**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Benjamin Nolte, Ferdinand Mang, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)

Verbot der Gendersprache an Hochschulen in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Sinne der Wissenschaftsfreiheit an den bayerischen Hochschulen in Verwaltung, Lehre und Forschung den Gebrauch der sogenannten Gendersprache zu untersagen und die Hochschulmitarbeiter und Studenten zu einem korrekten Deutsch zu verpflichten.

Hierfür sollen über den Verordnungsweg sichergestellt werden, dass

- 1. in allen Bereichen der Hochschulen ein grammatikalisch richtiges Deutsch geschrieben und gesprochen wird,
- hierzu insbesondere Satz- und Sonderzeichen der sogenannten Gendersprache wie Doppelpunkt, Sternchen, Unterstrich, Binnen-I und künstliche Sprechpausen (sog. Glottisschlag), Doppelnennungen (Bürger und Bürgerinnen) und Partizipialumschreibungen (Radfahrende) oder ähnliche Konstruktionen nicht mehr verwendet werden,
- 3. Studenten vor der Willkür solcher Dozenten geschützt sind, die auf den Gebrauch der gendergerechten Sprache Wert legen und abweichenden Sprachgebrauch mit schlechteren Noten und Punktabzügen bestrafen,
- 4. zur Durchsetzung korrekter Sprach- und Schreibweisen geeignete Sanktionsmöglichkeiten eingeführt werden, die mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung sowie der Freiheit der Wissenschaft, der Forschung und der Lehre im Einklang stehen.

Begründung:

Die sogenannte Gendersprache möchte auf sprachlicher Ebene dazu beitragen, dass verschiedene sexuelle Orientierungen und Identitäten gleichwertig behandelt werden. Die sich immer wieder an neue gefühlte Benachteiligungen anpassende und erweiternde Kunstsprache soll dazu dienen, wahrgenommene Benachteiligungen von vornherein zu vermeiden und Gleichwertigkeit sprachlich herzustellen. Dieses Anliegen ist zwar anerkennenswert, scheitert jedoch an der Unkenntnis der deutschen Grammatik. So wird angenommen, mit der Verwendung des grammatikalisch korrekten generischen Maskulinums gehe tatsächlich eine Bevorzugung des männlichen Geschlechts einher. Hier wird nicht erkannt, dass in der deutschen Grammatik die Mehrzahl als generisches Maskulinum selbstredend alle Geschlechter und damit auch die Frauen einschließt. Während sprachliche Verrenkungen wie das Binnen-I, das "Gendergap" oder Partizipialumschreibungen niemals alle Möglichkeiten gefühlter Identitäten abdecken können, umfasst das tradierte generische Maskulinum in natürlicher Weise alle Menschen gleichermaßen, ohne sexuelle Orientierungen und Identitäten über Gebühr zu betonen. Es wahrt daher die Privatheit der Sexualität und zwingt niemandem ein Bekenntnis ab.

Nachdem Sprache der Kommunikation dient, sollte sie möglichst klar und deutlich sein. Die unseres Erachtens ideologisch konstruierte Gendersprache zerstört die dem Deutschen eigentümliche Klarheit und Präzision. Lesbarkeit und Verständlichkeit der Texte leiden erheblich, vor allem wenn die Formen der gendergerechten Sprache den Denkgesetzen widersprechen, grammatikalisch falsch oder sinnentstellend sind (z. B. Studierende, die gerade gar nicht studieren, sondern zum Schlafen ins Studentenheim gehen). Auch ermüdende Doppelungen (z. B. Bürgerinnen und Bürger) erinnern unseres Erachtens in fataler Weise an den ideologisierten Sprachduktus totalitärer Systeme, während sie gleichzeitig nicht dem der gendergerechten Sprache innewohnenden Anspruch genügen, fehlen doch bei derartigen Aufzählungen von Männern und Frauen alle, die sich selbst dieser Polarität nicht zugehörig fühlen.

Die Gendersprache hielt in den vergangenen Jahren auch an bayerischen Hochschulen Einzug – mit verheerenden Folgen für die deutsche Wissenschaftssprache, aber auch für die Freiheit der Studenten. Viele Dozenten und Studenten fühlen sich mittlerweile wegen des gesellschaftlichen Klimas genötigt, eine angeblich gendergerechte Ausdrucksweise zu verwenden. Einige Dozenten zwangen auch bayerische Studenten, schriftliche Arbeiten und Klausuren in gendersensibler Sprache abzufassen, was ein direkter Eingriff in die Persönlichkeitsrechte ist. Studenten wird es teilweise bis heute von ihren Dozenten unter Androhung schlechterer Noten verboten, grammatikalisch richtig zu schreiben und ihre Gedanken klar zu formulieren. Sprache wird so ideologisch aufgeladen und verliert ihren eigentümlichen kommunikativen Zweck, indem sie permanent politisiert wird.

Diese Fehlentwicklung ist aufzuhalten und rückgängig zu machen. Daher wird die Staatsregierung aufgefordert zu handeln und eine klare Regelung für die bayerischen Hochschulen zu erlassen.